Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Haden & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.30 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.10 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 4.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur werktags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 7spaltige Petitzeile mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 3. | Dresden, Freitag den 4. Januar 1918. | 29. Jahrg.

Eine Ablehnung aus Petersburg.

Rußland für Verhandlungen in Stockholm. — Das Problem der Räumung und Volksabstimmung. — Deutsche Verhandlungen mit der Ukraine.

Berlin, 4. Januar. (Nichtamtlich.) Wie der Reichskanzler in der heutigen Sitzung des Haushaltsausschusses mitteilte, hat die russische Regierung eine Verlegung der Verhandlungen von Brest-Litowsk nach Stockholm vorgeschlagen. Staatssekretär v. Kühlmann ist beauftragt worden, diesen Vorschlag abzulehnen. Leider ist von Petersburg erklärt worden, daß die Punkte 1 und 2 unserer Vorschläge, die sich auf die Modalitäten der Räumung der besetzten Gebiete und die Vornahme der Volksabstimmung beziehen, nicht angenommen werden könnten. Wir können davon nicht abgehen. Dazu bemerkt der Reichskanzler: Wir können getrost abwarten, wie dieser Zwischenfall verlaufen wird. Wir stützen uns auf unsere Machtstellung und unsere loyale Gesinnung und auf unser gutes Recht. (Lebhaftes Bravo!) Außerdem erklärte der Reichskanzler, daß wir mit den in Brest-Litowsk eingetroffenen Bevollmächtigten der Ukrainer weiter verhandeln.

Gescheiterte englische Vorstöße.

(W. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 4. Januar 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Fast an der ganzen Front kam es zu lebhaften Kämpfen der beiderseitigen Artillerien. Klares Frostwetter begünstigte ihre Tätigkeit.

Bei englischen Vorstößen, die östlich von Ypern und nördlich vom La Bassée-Kanal scheiterten sowie bei eigenen erfolgreichen Unternehmungen südöstlich von Merwilers und in der Champagne wurden Gefangene und einige Maschinengewehre eingebracht.

Seit dem 1. Januar verloren unsere Gegner im Luftkampf und durch Abschuß von der Erde 23 Flugzeuge und 2 Fesselballone. Oberleutnant Loerzer errang seinen 20. Luftsieg.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

An der

Mazedonischen und Italienischen Front

keine besonderen Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der Hauptausschuß und die Friedensverhandlungen.

Soweit sich aus den bisher vorliegenden Nachrichten ersehen läßt, sind sich die Mehrheitsparteien darüber einig, daß es darauf ankommt, einem Frieden mit Rußland die Wege zu ebnen, der dort keinen Stachel hinterläßt. Das Wüten und Toben der Alldeutschen scheinen glücklicherweise auf die Mehrheit des Reichstags ohne Einfluß geblieben zu sein. Es wäre ja auch traurig um das deutsche Volk bestellt, wenn seine Vertreter ebenso mit Blindheit geschlagen wären wie die annexionistischen Maul- und Federhelden, die ihre nationalistische Tollheit besinnungslos gemacht hat. Die Leute besitzen die Anmaßung, so zu tun, als wenn sie allein die Interessen des deutschen Volkes bei den Friedensverhandlungen gewahrt wissen wollten. Die Anhänger des Verständigungsfriedens werden von ihnen nach bekanntem Muster als Anwälte des Auslandes verdächtigt, die keinen Sinn für das haben, was dem deutschen Volke frommt. In ihrer Verblendung sind unsere Annexionisten von dem törichten Wahn besessen, es komme nur darauf an, daß Deutschland einen möglichst großen Fleck auf der Weltkarte einnehme. Die Leute scheinen sich nicht einmal darüber klar zu sein, daß Deutschland räumlich, auch wenn es jetzt an Land einsteckt, was es irgend einstecken kann, ein Zwerg neben dem Riesen Rußland bleibt. Dank unserer kulturellen und wirtschaftlichen Ueberlegenheit ist es diesmal unseren hervorragenden Heerführern und der Tapferkeit unserer Soldaten gelungen, die russischen Massenheere abzuweisen. Aber niemand kann zweifeln, daß Rußland kulturell und wirtschaftlich in den nächsten Jahrzehnten erstarken wird, und dann bildete die Feindschaft dieses gewaltigen Reiches für Deutschland eine schwere Gefahr, die dadurch kaum wesentlich vermindert würde, daß die deutschen Grenzen nach Osten ein größeres oder kleineres Stückchen hinausgeschoben werden. Wer die Zukunft und Sicherheit des deutschen Volkes nicht aufs schwerste gefährden will, muß einen Frieden wünschen, der von Rußland ohne jede Bitterkeit angenommen werden kann.

Ueber das Schicksal der von uns besetzten Gebiete konnte freilich im Hauptausschuß keine Klärung erzielt werden. Energisch Widerspruch muß gegen die von dem Unterstaatssekretär von dem Busche vertretene Auffassung erhoben werden, daß für Polen, Litauen und Kurland die Trennung von Rußland bereits eine beschlossene Sache sei. Das ist auch vom Genossen David in der Kommission sehr energisch getan worden. Will sich die deutsche Diplomatie nicht dem Vorwurf der Unehrlichkeit und Zweideutigkeit aussetzen, so darf sie darüber keinen Zweifel lassen, daß wir das Selbstbestimmungsrecht der Kurländer, Litauer und Polen auch dann nicht beschränken wollen, wenn diese Völker sich für den Anschluß an Rußland entscheiden. Die Körperschaften, die sich bisher in den östlichen Gebieten äußern konnten, sind so zusammengesetzt, daß ihre Aeußerungen nicht als Ausdruck des Willens der betreffenden Völker angesehen werden können. Große Schwierigkeiten wird noch die polnische Frage bereiten. Bleibt Polen von Rußland getrennt, so wird wohl nichts anderes übrig bleiben als die austropolnische Lösung, d. h. die Verbindung des bisher russischen Polens mit Galizien und eine Personalunion mit Oesterreich-Ungarn. Diese Lösung wäre aber wahrscheinlich für Polen wirtschaftlich wenig günstig, das sie leicht zu einer Quelle fortdauernder Unzufriedenheit für die polnische Bevölkerung werden könnte. Außerdem ist man sich so ziemlich auf allen Seiten darüber einig, daß diese Lösung für Deutschland sehr wenig angenehm wäre. Daher brauchten wir uns keine grauen Haare wachsen zu lassen, wenn die Polen sich für den Anschluß an Rußland entschieden. Es ist zum mindesten sehr zweifelhaft, ob die Abtrennung Polens von Rußland Deutschland irgendwelchen Nutzen brächte.

Man kann nur wünschen, daß die Mehrheitsparteien im Hauptausschuß, der ja mehrere Tage zusammenbleiben soll, auch weiterhin recht energisch ihren Standpunkt zur Geltung bringen, damit in Brest-Litowsk kein Unheil geschieht.

•

Die Sitzung des Hauptausschusses.

Der Reichskanzler ist mit einem großen Stab von Regierungsleuten erschienen.

Der Vorsitzende, Abg. Fehrenbach, gibt bei Beginn der Sitzung der Hoffnung Ausdruck, daß uns bald der Friede beschert sein möge.

Das Auswärtige Amt führt in einer Zuschrift Beschwerde darüber, daß die Vertraulichkeit der Ausschußverhandlungen in der letzten Tagung nicht voll gewahrt worden sei; insbesondere ein Artikel in der Kölnischen Zeitung enthalte Mitteilungen, die nicht in die Oeffentlichkeit dringen sollten.

Der Ausschuß tritt dann in die Beratung der

Friedensverhandlungen mit Rußland

ein.

Reichskanzler Graf Hertling begrüßt den Ausschuß. Die ganze Welt folgt den Friedensverhandlungen mit großer Aufmerksamkeit. Die Regierung legt Wert darauf, die Ansichten des Reichstags kennen zu lernen. Die Situation ist unsicher, die Entente tut alles, um Mißtrauen gegen uns zu säen.

Unterstaatssekretär v. d. Busche

bespricht dann die Verhandlungen in Brest-Litowsk und gibt zunächst einen historischen Rückblick. Die russische Regierung hat zu Verhandlungen eingeladen auf einer Grundlage, die der Reichskanzler als annehmbar bezeichnen konnte. Zunächst kam der Waffenstillstand zustande, an diesen Verhandlungen war auch das Auswärtige Amt beteiligt. Die darüber geführten Verhandlungen fanden eine Ergänzung in Jassy, durch die auch Rumänien mit einbezogen wurde. Alsbald haben die Friedensverhandlungen eingesetzt. Der Redner erklärt die Zusammensetzung der einzelnen mit den Verhandlungen betrauten Delegationen. Die Verhandlungen waren deshalb schwierig, weil auf der einen Seite eine Koalition von Mächten stand, auf der anderen Seite eine Macht, die nur ihre Interessen zu vertreten hatte. Dazu kommt, daß die Entente alles versucht hat, die Verhandlungen störend zu beeinflussen. Die deutschen Delegierten und ihre Verbündeten entschlossen sich, eine gemeinsame Erklärung auf die von den Russen aufgestellten Grundlinien zu formulieren. Die territoriale Frage begegnete Schwierigkeiten. Die Russen vertreten den Standpunkt des absoluten Selbstbestimmungsrechts der Völker, einen Standpunkt, den sie auch Finnland gegenüber wahren werden. Wir mußten den Russen klarlegen, daß für Polen, Livland und Kurland die Trennung von Rußland bereits beschlossene Tatsache sei. (Redner macht nunmehr vertrauliche Mitteilungen, die sich auf die Verhandlungen über diesen Punkt beziehen.) Ein anderer Teil der Verhandlungen bezog sich auf die wirtschaftlichen Fragen, die der Redner ebenfalls vertraulich behandelt. Einigkeit besteht darüber, daß dem Krieg kein Wirtschaftskrieg folgen dürfe. Die gegen die Deutschen in Rußland erlassenen Kriegsgesetze werden aufgehoben, beschlagnahmtes Eigentum zurückgegeben. Die sonstigen, Privaten zugefügten Schäden sollen wieder gutgemacht werden. Eine Kommission unter neutralem Vorsitz wird darüber entscheiden. Eine Anzahl Kommissionen sind bereits eingesetzt, um Spezialfragen zu behandeln. Der Austausch der Gefangenen wird von einer besonderen Kommission behandelt.

Der Vorsitzende empfiehlt in der Aussprache zunächst die politische Seite der Fragen zu erörtern; damit ist der Ausschuß einverstanden. Von verschiedenen Rednern wird die sofortige Vorlage einer Denkschrift über die wirtschaftlichen Fragen in den besetzten Gebieten verlangt.

Staatssekretär Graf Roedern meint, man solle sich von der in Aussicht gestellten Denkschrift nicht zu viel versprechen, weil keine der Fragen, um die es sich handelt, als abgeschlossen gelten kann.

Aus dem Ausschuß heraus wird erklärt, daß man gerade auf diese Denkschrift großen Wert legen müsse, weil sie die Grundlage für die Verhandlungen bilden müsse. Weiter wurde beklagt, daß die deutsche Zensur auch an den Verhandlungen in Brest-Litowsk ihres Amtes gewaltet hat.

Abg. Ebert (Soz.): Wir legen entscheidendes Gewicht auf die wirtschaftlichen Fragen, zu diesem Zweck muß das Material umgehend vorgelegt werden. Aber außerdem müssen sämtliche Rundschreiben der russischen Regierung vorgelegt werden, ferner alle Erklärungen, die von Körperschaften in den besetzten Gebieten des Ostens abgegeben worden sind.

Die Abgg. Erzberger, Graf Westarp, Frhr. v. Gamp und Hanse schließen sich diesen Wünschen an.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.) teilt mit, daß das Kriegsministerium von Graf Rodichow und Professor Schiemann eine Denkschrift über die östlichen Gebiete für die deutschen Vertreter in Brest-Litowsk hat verfassen lassen und bittet um Vorlage.

Unterstaatssekretär v. d. Busche: Uns ist von einer solchen Denkschrift nichts bekannt. (!)

Abg. Erzberger (Ztr.)

fordert ebenfalls die Vorlage dieser Denkschrift. Seine politischen Freunde billigen das Verhalten der deutschen Vertreter in Brest-Litowsk. Wenn ein Separatfriede mit Rußland zustande kommen soll, dann muß erst versucht werden, zu einem allgemeinen Frieden zu kommen. Was die russische Regierung in ihren Grundsätzen aufgestellt hat, konnte nicht überraschen. Daß man der Entente eine Frist stellte, war richtig und notwendig. Bleibe diese Frist ungenützt, dann muß mit allen Mitteln versucht werden, mit Rußland zu einem Verständigungsfrieden zu kommen, aber nicht nur mit den Bolschewiki, sondern mit dem ganzen russischen Volke. Die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker muß ohne Hintergedanken durchgeführt werden. Heute steht noch nicht fest: Was ist Polen, was ist Kurland? Die Grenzen müssen erst abgesteckt werden. Die russische Regierung hat die Landesräte als verläßigen Ausdruck des Volkswillens anerkannt. Sie hat aber gefordert, daß ihr Votum auf eine breitere demokratische Grundlage gestellt werde. In der Praxis kann das nicht schwer halten, so daß auch hier keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bestehen. Unerhört sei aber die Art, wie die Militärverwaltung sich dem litauischen Landesrat gegenüber verhält. Der Wille des Reichskanzlers muß zur Geltung gebracht werden. Wenn man vernünftig handelt, dann können die Ostfragen in zehn bis zwölf Tagen erledigt sein. Sobald Rußland demobilisiert hat, können wir unsere Truppen zurückziehen, damit die Völker unbeeinflußt entscheiden können. Das wird uns rasch zum Frieden führen.

Staatssekretär Graf Roedern erklärt, daß zwischen dem Kanzler und der Militärverwaltung in Litauen völlige Einigkeit darüber herrsche, daß der Landesrat in den nächsten Tagen zusammentreten solle.

Abg. Dr. David (Soz.):

Was der Staatssekretär mitgeteilt hat, war alles, nur keine Aufklärung. Mit dem noch beibehaltenen Mittel von Geheimdiplomatie möge man brechen, die Russen haben es auch getan. Die alldeutsche Presse läuft in den letzten Tagen wieder Sturm gegen die Selbstbestimmung der Völker, die als weltfremde Theorie bezeichnet wird. Aber die Zeit ist vorbei, wo man über die Völker entscheiden kann, wie über eine Hammelherde. Die Selbstbestimmung der Völker ist die einzige Grundlage für einen dauerhaften Frieden. Alles andere würde von den Völkern als Unterjochung empfunden werden. Das Votum der Völker allein darf maßgebend sein. Das Ziel des Friedens muß sein, die Koalition aufzulösen, die sich gegen Deutschland gebildet hat. An die Stelle dieser Koalition sollen freundschaftliche Vereinbarungen treten. Die Ziele der Alldeutschen betreten sich in den Gedankengängen verflossener Jahrhunderte. Zwischen den von den Russen aufgestellten Grundsätzen und den deutschen Vorschlägen klafft ein Widerspruch. Es handelt sich aber nur um den deutschen Vorschlag, die Oesterreicher scheinen entgegenkommender gesinnt zu sein. Man müsse auch den österreichischen Vorschlag kennenlernen. Die in Polen, Litauen und Livland von den Landesräten gefaßten Beschlüsse hat man dem deutschen Volke vorenthalten. Dieser Zustand ist direkt beschämend. Die Russen haben sich als die geschickteren Diplomaten erwiesen, sie verfahren in vollster Oeffentlichkeit. Was in den östlichen Gebieten vorging, hat man der deutschen Oeffentlichkeit vorenthalten. Wir verlangen bei den ganzen Verhandlungen

vor allen Dingen Ehrlichkeit.

Der Beschluß des Reichstags vom 19. Juli hat den Bolschewiki erst die Möglichkeit zu ihrem Vorgehen gegeben, das dürfe bei den Verhandlungen nicht vergessen werden. Zunächst müssen die Instanzen geschaffen werden, die den Ausdruck des Volkswillens in den besetzten Gebieten des Ostens zu ermöglichen haben. In ihnen müssen die Parteien des Landes vertreten sein. Als Grundlage für diese Instanzen könne man die Landesräte anerkennen. Unerläßlich aber ist die Schaffung von konstituierenden Versammlungen, die aus demokratischen Wahlen hervorgegangen sind.

Wenn demokratisch gewählte Landesversammlungen die Entscheidung haben, ist eine Lösung durchaus möglich. Aber ehrlich muß von allen Seiten verfahren werden. Die Grenzbestimmung zwischen Polen und Litauen kann bei dem bestehenden Gegensatz zwischen den beiden Volksstämmen nur im Wege der Verständigung zwischen Rußland und Deutschland erfolgen. Nach muß sodann die Verwaltung an die Landesräte übergehen. Die Zeit der militärischen Verwaltung ist abgelaufen. Die Abtrennung eines Grenzschutzstreifens von Polen

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180104/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG